

Stadt Heidelberg

Antrag Nr.:
0032/2020/AN

Antragsteller: CDU
Antragsdatum: 03.02.2020

Federführung:
Dezernat I, Amt für Wirtschaftsförderung und Wissenschaft

Beteiligung:

Betreff:

**Antrag für ein "Städtisches Bündnis für Arbeit" in
Heidelberg**

Antrag

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	13.02.2020	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	21.04.2020	Ö		
Gemeinderat	07.05.2020	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Antrag Nr.: 0032/2020/AN

Abbildung des Antrages:



CDU-Gemeinderatsfraktion, Rathaus, Marktplatz 10, 69117 Heidelberg

Herrn Oberbürgermeister
Prof. Dr. Eckart Würzner
Rathaus, Marktplatz 10
69117 Heidelberg

Dr. Jan Gradel, Vorsitzender
Werner Pfisterer, 1. stv. Vors.
Prof. apl. Dr. Nicole Marmé stv. Vors.
Kristina Essig
Alexander Föhr
Matthias Kutsch
Otto Wickenhäuser

Heidelberg, 03. Februar 2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates stellen die Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg den Antrag, folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

Antrag für ein „Städtisches Bündnis für Arbeit“ in Heidelberg

1. Diskussion und Aussprache
2. Anträge

Die Antragssteller beantragen die Einrichtung eines „Städtischen Bündnisses für Arbeit“. Hier soll auch der DGB federführend mit einbezogen werden. Oberstes Ziel dieses Gremiums ist, Arbeitsplätze der produzierenden Industrie zu erhalten, neue zu schaffen, sowie die Neuausweisung von neuen Gewerbeflächen.

Begründung:

Angesichts der Deindustrialisierung in Heidelberg fordern wir die Einrichtung eines Gremiums „städtisches Bündnis für Arbeit“.

Heidelberg steht derzeit nicht nur in der Mobilitäts- und Klimafrage vor großen Herausforderungen, sondern auch bei der Frage, wie sich die Stadt besser als Industriestandort positionieren kann.

Am Industriestandort Heidelberg sind zahlreiche Menschen bei produzierenden Industriebetrieben. Insbesondere in der Automobilbranche steht aufgrund des Klimaschutzes eine große Transformation an:

So sind akut z.B. bei einem Nutzfahrzeugzulieferer, 83 Familien bedroht, weil der Standort ins Ausland verlagert werden soll. Das traditionsreiche Unternehmen soll nach den Plänen der Arbeitnehmervertreter schrittweise in ein Kompetenzzentrum umgebaut werden. Die bestehenden Standorte der Automobilzulieferer sollen als Kompetenzzentren ausgebaut und es soll unter Leitung der städtischen Wirtschaftsförderung und des DGB ein Lösungsvorschlag erarbeitet werden.

gezeichnet CDU-Fraktion